

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Abt.: Volkszeitung Wiesbaden

Montag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Einzel-Geheft 10 Pf. (Einschluß Porto). Abonnement: 3 Monate 3 Mark, 6 Monate 5 Mark, 1 Jahr 9 Mark. (Einschluß Porto). Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Teil: Dr. Julius Etienne, Oeffentlich. für den redaktionellen Teil: Dr. Bruno Traber. Wiesbaden; für den Anzeigen- und den Inseratenteil: Dr. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

15
September

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.80 Mk., monatlich 1.60 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pf. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pf. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pf., Anzeigenzeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachsch. Schlag der Anzeigen-Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 5 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Staat und Bolschewismus

Von Dr. D. G. R.

Um einmal mit möglichst wenig Worten den Begriff „Staat“ zu umschreiben, kann man wohl sagen: „der Staat — wenigstens der christliche Staat — ist gelebter Altruismus“.

Nach göttlichem Willen sind die Menschen darauf angewiesen, miteinander und füreinander zu leben. Die Kraft des auf sich allein gestellten Menschen genügt nicht, die Natur vor sich zu stellen. Menschen bedürfen sich, die Natur vor sich zu stellen. Menschen bedürfen sich, die Natur vor sich zu stellen. Menschen bedürfen sich, die Natur vor sich zu stellen.

Nicht einem jeden ist dabei gleiche Arbeit im Staate zugewiesen. Verschiedene Berufe und Stände entstehen, sich gegenseitig zum Wohle der Gesamtheit zu ergänzen.

Der Staat steht vor dem Vollbringen des Werks, der Wille zum Werk. Erst das Geistige, dann das Materielle, und soll das Werk gar geschehen, so ist Ziel und Weg genau festzustellen, d. h. der Geist hat die Hand zu leiten, das Geistige hat die Materie zu beherrschen. In mehr noch, eine große Menge der Kulturgüter, nach denen der Mensch begehrt, liegen überhaupt auf rein geistigem Gebiet.

Viele Willen, viele Arbeitskräfte auf ein Ziel zu lenken, bedarf der Organisation. Erst die Unterordnung des Einzelwillens der Vielen unter die leitende Idee stellt die Arbeitskräfte der Vielen in den Dienst des gemeinsamen Zieles. Nur auf diesem Wege kann das Werk zu gutem Ende geführt werden.

So wird denn die Familie, die Sippe, ein ganzes Staatsvolk, leiten. Erstes sogar die Gemeinshaft der Staaten, d. h. die ganze Menschheit zu einer organisierten Arbeitsgemeinschaft, um die Güter der Erde, die Güter der Menschen zur Nutzung überlassen, zu haben, zu verarbeiten und vernunftgemäß zu gebrauchen. Die Gesamtheit aber der Organisation, die dieses Zusammenleben, Zusammenarbeiten und Zusammengehen der Einzelnen regelt und ermöglicht, nennen wir den Staat. Wenn dieser aber regelt, wie der eine mit dem anderen lebt, wie der eine mit dem anderen arbeitet, wie der eine mit dem anderen sich, ohne Benachteiligung des anderen, in den Ertrag der Arbeit teilt, so ist das eben „gelebter Altruismus“. Ohne solchen aber ein geistiges Zusammenleben der Menschen schlechterdings nicht denkbar, ebenso wenig ist aber auch ohne ein Zusammenleben der Menschen ein Genuß der Güter dieser Welt durch den Menschen denkbar. So aus der menschlichen Natur erwachsen, wird der Staat ein wesentlicher Teil der von Gott getwillten Weltordnung. Genau daselbe gilt von der obersteinsten Gewalt im Staate. Der Mensch hat freien Willen; er kann seine Handlungen anpassen dem Wohle des Staates, er kann aber auch durch entgegengegesetztes Verhalten störend eingreifen in das Leben und Handeln seiner Mitmenschen, deren Freiheit gefährden. Zum Schutze der gefährdeten Freiheit hat die obersteinsten Gewalt einzugreifen. Die Frage „wann“, „wie“, „wo“, „wie weit“ sie eingreifen habe, beantwortet einzig und allein das göttliche Sittengesetz.

Schon wir uns nun einmal die andere Entwicklung an.

„Laissez faire, laissez aller“, schreibt der neugeborene wirtschaftliche Liberalismus auf seine Fahne und will damit sagen, daß er in der möglichst freien Entwicklung der individuellen Kräfte im Wirtschaftsleben, das höchste Ziel der Gesellschaft erblickt. Denkt man diesen Gedanken weiter und sagt, daß die Kräfte eines Individuums sich bei völliger Freiheit am vollkommensten entwickeln und daß folgerichtig die Gesellschaft jeglichen Eingriff in die Autonomie der Individuen unterlassen müßte, so wird man zum Anarchisten.

In dem Entwicklungsstadium vom Altruismus zum Bolschewismus tauschen Wegweiser auf, wie: Fichte, Gobinet, Branden, Moses Hess, Feuerbach, Stirner und Bakunin. Der letztere lehrt: „Auf die Staatsform kommt es nicht an, jeder Staat sei ein Mörder wahrhafter Freiheit, an die Stelle des Staates sei die völlig „freie Gesellschaft“ zu setzen. In Bakunins „idealer, freier Gesellschaft“ sind alle Klassen- und Herrschaftsverhältnisse beseitigt. Jeder ist Arbeiter und hat als solcher Anrecht auf sein ganzes Arbeitsprodukt. Alles Kapital ist übergegangen in den Besitz von lokalen Gruppen von Arbeitern, welche sich nach Belieben zur Gewinnung ihres Lebensunterhaltes zusammenschließen und wieder auflösen. Mehrere solcher Gruppen können sich zu einem größeren Verbande zusammenfassen, vorausgesetzt, daß dabei kein Zwang ausgeübt wird.

Petersburg und Moskau, Berlin und München, Budapest und wo immer die Kommunisten zur Herrschaft gelangt sind, zeigen, wie diese Theorien in die Praxis umgesetzt ausfallen.

In Theorie und Praxis zeigt sich der Bolschewismus als der ins Extreme getriebene Sozialismus. Was hier geschildert wird, ist Bolschewismus.

Vom Rheinlandbund

Ita. R. 11. 12. Sept. Die erste Nummer der neuen Rheinischen „Volkszeitung“, des Organes des „Rheinlandbundes“, in der als Verleger der früheren Unabhängigen Sozialen Partei steht, veröffentlicht das Programm des Rheinlandbundes und verlangt in mehreren längeren Abhandlungen die sofortige Einführung des sechs Stunden Arbeitstages für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Blatt bekennt, daß die Arbeiter der Unabhängigen mit ungenügender Geldmitteln geküßelt worden seien, und sagt mit Bezug auf die Vorkriegsbeschreibungen, die Abtrennung des Rheinlandes ist im hohen Maße der Völker als unabänderliche Tatsache beschaffen; daran ändern alle Vorkriegsbeschreibungen nichts. Rheinland wird die internationalisierte Regierung auf immer behalten, wenn sich die Länder am Rhein nicht in einem unabhängigen Staatweien sofort auf die eigenen Beine stellen.

Staatszuschüsse am falschen Platz

Die demokratische „Volks-“ veröffentlicht folgende Zusätze eines Lesers:

Die Förderung von Neubauten mit Staatsmitteln in den Großstädten, insbesondere in Berlin, ist für den, der sich Neugierde von unserer wirtschaftlichen Gesamtlage gibt, nicht eine soziale Tat, sondern eine unwirtschaftliche Vergewaltigung öffentlicher Mittel. Wir haben in Berlin (und anderen Großstädten) nicht zu wenig Wohnungen, sondern zu viel Menschen. Es ist unmöglich, daß auf die Dauer Hunderttausende von Menschen in Berlin und anderen Großstädten bleiben können, die der Wirtschaftsförderung nicht zu ernähren vermag. In einem Uebergangszustand kann diese überflüssige Bevölkerung durch Arbeitslosenunterstützung, durch ein blühendes Schiedergewerbe und andere unproduktive Einkommensquellen erhalten werden. Zu einem Dauerzustand kann und darf diese unangenehme Ueberfüllung der Großstadt nicht werden. Eine Regierung, die nicht Effektivität der Wirtschaft, sondern die sozialen Notwendigkeiten bewußt ist, darf deshalb keinen Pfennig dafür aufwenden, um Wohnungen für einen Bevölkerungsteil herzustellen, der nicht in der Großstadt gefestigt werden darf, sondern planmäßig umgesiedelt werden muß. Die öffentlichen Mittel, die für Neubauten ausgeben werden, können ausschließlich der Förderung eines guten Wohnungsbaues für Landarbeiter und Arbeiter oder für Bergleute in den Industriebezirken dienen.

Ein verwunderlicher Erfolg

Der preussische Landwirtschaftsminister veröffentlicht unter dem 6. September folgenden Erfolg, der feste Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter schaffen soll und einen bisher unerhörten Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet:

1. In Fällen, in denen der Mangel von Arbeitskräften zwischen Verdingungen von Arbeitsverträgen und einzelnen Arbeitgebern und Vereinigungen von Arbeitgebern in der Landwirtschaft durch die beteiligten Parteien verweigert wird, ist der Vermittlungsausschuss befugt, nach Anhörung landwirtschaftlicher Sachverständiger Arbeitsbedingungen für ein Arbeitsgebiet festzusetzen und sie für verbindlich zu erklären. Der Vermittlungsausschuss soll von dieser Befugnis nur Gebrauch machen, soweit land- und forstwirtschaftliche Spruchämtern noch nicht erledigt ist aber ihre Anwendung in dringenden Fällen unumgänglich ist; im letzteren Falle ist die Zustimmung der Landeszentralbehörde erforderlich.

2. Weigert sich der Besitzer eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes, die gemäß § 1 durch den Vermittlungsausschuss festgesetzten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen und wird infolgedessen die rechtzeitige Ausführung der landwirtschaftlichen Arbeiten gefährdet, so ist der Vermittlungsausschuss befugt, mit Ermächtigung der Landeszentralbehörde die Verwaltung des Grundbesitzes einschließlich des Zubehörs dem Besitzer ganz oder teilweise zu entziehen und dem unabhängigen Kreis-Kommunalverband zu übertragen. Der Kreis-Kommunalverband hat bei der Verwaltung des Grundbesitzes nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu verfahren.

3. Die Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Wiederaufbau

Paris, 12. Sept. Dem Bureau Europa-Free wird deutscherseits gemeldet, daß die Vervollständigung, die in Versailles zwischen Silberstein für Deutschland und Frankreich für Frankreich über den Wiederaufbau der zerstörten Gegenden hinstanden, zu einem Uebereinkommen über zwei wichtige Punkte geführt hätten. Die deutschen Arbeiter kommen nicht als Arbeiterdiktatoren nach Frankreich, sondern als freie Arbeiter mit einem Vertrag und nach deutschen Sitten. Ferner werden die Wiederaufbauarbeiten der deutschen Regierung anvertraut, und diese darf, wenn sie es für gut befindet, mit Unternehmern verhandeln. Deutscherseits hat dabei bemerkt, daß das französische Recht bezüglich der Wiederaufbauarbeiten der Bergwerke fast einer Kommission übertragen werden, die in Versailles die Mittel zur Vervollständigung des Beginns der Arbeiten prüfen wird.

Einfuhrverbot

Für die „Frankfurter Zeitung“ und „Meine Presse“ (Wiesbaden) Armeegruppe B. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

12. bis 30. September einschließlich verboten ist. Jede Nummer, die durch Schmutzgehalt erscheinen sollte, wird beschlagnahmt.

Die kommenden Generäle sind gebeten, folgende Verfügung bekanntzugeben:

1. Den deutschen Behörden und denjenigen Personen, die zur Beförderung beauftragt sind (Eisenbahn und Post) und deren Verantwortung, können im Falle einer Nichtbefolgung zur Rechenschaft gezogen werden.

2. Durch die Presse an die Bevölkerung, in welcher besonders die Maßnahmen erwähnt werden, die getroffen werden gegen die Verhaftungen und Verhaftungen im Falle einer Nichtbefolgung dieser Befehle.

Die Heimkehr

Ein Gruß an die heimkehrenden Kriegsgefangenen. Am 14. Sept. Reichspräsident Ebert ruft den heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen einen Willkommengruß zu, in welchem es heißt: „Ihr heimkehrenden Soldaten, die ich euch herzlich willkommen. Schwere Zeiten liegen hinter euch. Eure Lage und eure Empfindungen weiß ich mit dem ganzen deutschen Volke voll zu würdigen. Eure Heimkehr fällt in eine Zeit, in der unser Vaterland durch die Uebergangswesen einer neuen Zeit bis ins Innerste erschüttert ist. Aber beim als gute Deutsche, die an dem Wiederaufbau des neuen republikanischen Vaterlandes mit vollen Kräften mitarbeiten wollen! Denn nur Besonnenheit, Einigkeit und Arbeit können uns vor dem Zusammenbruch retten. Euren Wünschen und Sorgen wird, soweit es in der Macht der Regierung liegt, in jeder Hinsicht entgegengekommen. Möget ihr eure Angehörigen gesund wiederfinden und euch von den erkrankten Leiden bald frisch und körperlich erholen. Dies ist mein aufrichtiger Wunsch. Ebert, Reichspräsident.“

Was der „Vorwärts“ verheimlicht

Die Berichte über den gegenwärtig geführten Norddeutschen Krieg, was bereits im Prozeß gegen Revins-Rissen festgestellt war, daß in der Nacht vor der Erschießung die Diktatoren Dr. Revins, Dr. Revins-Rissen und Axelrod mit einer Handkette in den Gefängnissen liegen und die Opfer ihrer Mordthaten bezichtigen. Auf eine Beschwerde über die Unterbringung in dem leichten, unklaren, schwachen Licht erklärte Dr. Revins, „Morgen kommt ihr sowieso um die Ecke. Dann ist es doch alles vorbei.“ Diese vor Gericht festgestellte Tatsache verbergen der „Vorwärts“, die „Freiheit“, die „Deutsche Volkszeitung“ und die „Morgenpost“ ihren Lesern. Als wäre es nicht gerade darauf an, daß die Herren Doktoren Revins und Revins-Rissen die Urheber, die anderen angeklagten Verbrecher und Zuhälter nur die Zeugen jener „Erdbeben“ waren.

Für die Konfessionschule

München, 12. Sept. Das Ergebnis der diesjährigen Einschreibung für die Konfessionschulen wurde wegen der vorausgegangenen kirchlichen Parteibewegung gegen und für die Konfessionschule mit großer Spannung erwartet. Von den 67 188 eingeschriebenen Kindern sind für 22 000 keine Erklärungen über die Wahl der Schule gegeben worden; von den 44 988 übrigen wurden 31 001 ausdrücklich von den Erziehungsberechtigten der Konfessionschule zugewiesen, 12 987 der Simultanschule. — Für die Simultanschule erklärten sich die Sozialdemokraten aller Schichten und die Liberalen und Demokraten. Gegenüber diesem Massenaufbruch der „Aufklärer“ ist das Resultat recht bescheiden zu nennen. Doch auch diesen Tellerfolg bedauern wir, um der Kinder willen.

Sozialisierung des Bergbaues

Vom Rhein, 15. Sept. Unter dieser Ueberschrift hat die „Rheinische Volkszeitung“ in Nr. 211 vom 10. 9. 1919 einen Aufsatz gebracht, dem nicht in allen Teilen zugestimmt werden kann. Der Verfasser weist zunächst auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich bei der alten Bergvergabe (Allgemeines Preussisches Landrecht von 1794) und den neuen Sozialisierungsgeboten, und gibt ihr die Schuld an den geringen Leistungen des preussischen Bergbaues. Nun soll gar nicht abgestritten werden, daß Militarismus in zivil und bürokratische Umstände den wirtschaftlichen Aufschwung bremsen können; aber was für jene alte Regierungsform galt, muß es auch jeder neuen anhängen? Im neuen Staat, der ja noch im Werden ist, werden Punkte an den maßgebenden Stellen liegen, und wir werden Besserung erwarten dürfen. Jedenfalls aber geht es nicht an, jene alte Vergabeform für das „Dahinsinken“ des preussischen Bergbaues verantwortlich zu machen. Der gewaltige Aufschwung im Kohlenbergbau seit dem Beginn der Erfindung der Dampfmaschine (Eisenbahn, Dampfschiff, Maschin) voran. Bisher war die Bedeutung der Bergwerke in Preußen sehr gering.

Andererseits ist die „wahrhaft freiheitliche“ Bergvergabe von 1895, die die der Aufsatz über alle Berge lobt, eine Quelle unerhörten Mißbrauchs und untraglicher Ausbeutung geworden. Die Vorkriegsperiode, die nach unserer Meinung Eigentum des gesamten Volkes sein sollen, sind Einzelnen in die Hand gegeben und zu Spekulationsobjekten entwidelt worden. Das rheinisch-westfälische Kohlenbündel hat viele Millionen ausgegeben, um fremde Abzugsrechte aufzukaufen; hat diese aber nicht ausgenutzt. Das war auch gar nicht der Zweck des Kaufes; nur die Konkurrenz sollte ferngehalten werden; dann konnte man die Kohlenpreise diffundieren. Und man hat sie diffundiert; man hat deutsche Kohle in England billiger gekauft, als daheim; dafür war sie bei uns um so teurer. Und der Volk, den solch ein unlauterer Wettbewerb gegen uns er-

weist! Die Arbeitsverhältnisse in diesen Bergwerken waren fast überall dergestalt, daß in immer steigendem Maße polnische Arbeiter herangezogen werden mußten; und gerade die gelten heute als die Träger des Kapitalismus. Das ist der Segen der Freiheit von 1895.

Auch von der Affordarbeit sollte man etwas vorsichtiger reden. Der alte Rhein: Affordarbeit: Norddeutsche hatte seinen guten Sinn: Tausende von tüchtigen Männern haben sich durch die Affordarbeit ins Grotz gearbeitet, aber gelinder gefügt: überarbeitet, um bei ihrer knappen Bezahlung mit ihrer Familie leben zu können. Affordarbeit ist nur bei Festlegung eines ausreißenden Mindestlohnes (Tariff) annehmbar. Es klingt wie Dohn, steht von dem „guten alten Rezept“ zu reden, das „in 40jähriger emiger Anwendung ausprobiert worden ist“. Dieses „gute alte Rezept“ — international! — wird auch Kapitalismus genannt und hat uns als höchsten Erfolg des Weltkriegs gebracht. Es hat das Haus unterwühlt, in dem wir wohnen; nur ist's zusammengeklürzt; ja, als es noch stand, war's schöner, als unter den Trümmern. Dann war's aber nach dem alten Rezept wieder auf, wird auch Teil in der Ueberwindung sein. Was uns nun tut, ist eine neue, wahrhaft christliche Wirtschaftsordnung.

Finne durch Freischärler beseht

Da Bern, 13. Sept. In der italienischen Kammer wurde gestern nachmittags bekannt, daß Gabriele d'Annunzio an der Spitze eines Freischärlers in Finne gelandet sei. Die Expedition scheint von langer Hand vorbereitet und gut finanziert zu sein. In allen größeren Städten bestehen Beobachtungsstellen, in denen sich vor allem frühere Sturmtruppen einschreiben. Die letzten italienischen Besatzungstruppen in Finne haben sich der Expedition angeschlossen, die über Panzerautos, Maschinengewehre und Artillerie verfügen. Wichtigste Kraft der italienischen Panzertruppe „San Marco“ in Finne ein. Die Regierung soll von dem Unternehmen höchst überrascht sein. Minister Ritti erklärte einem Abgeordneten, daß Italien durch das Unternehmen in die größte Verlegenheit verwickelt worden sei. Auch die Presse verurteilt vorerst die Expedition. Man erwartet Volksunruhen, wie sie bereits in Bessid und Trist begonnen haben.

Die Kämpfe in Russland

M. Velsingfors, 14. Sept. Die Petersburger Presse meldet: Sowjettruppen landeten bei Dubnowa, 40 Werst nördlich von Jarosin. Jarosin wird geräumt. Die Stadt Jarosin wurde erobert. Bei der Einnahme von Omsk wurden 3000 Gefangene gemacht. Nordwestlich von Omsk fanden Zusammenstöße zwischen amerikanischen und Sowjettruppen statt. Bei Jarosin sollen die bolschewistischen Truppen von den Japanern umzingelt sein. Der Warentransport auf der Krasn-Ural-Bahn wurde freigegeben.

Aufbruch

M. Amsterdam, 14. Sept. Der „Times“ wird aus Lima gemeldet: Der Mob überfiel am Mittwoch das Gebäude der Zeitung „La Voz“ und brannte es teilweise nieder. Auch die Büros der Zeitung „El Comercio“ wurden überfallen und die Wohnung des Chefredakteurs in Brand gesetzt und die des früheren Kandidaten für die Präsidentschaft (Name fehlt) ausgeplündert.

Chrenpräsident v. Hindenburg

M. Berlin, 13. Sept. Generalfeldmarschall von Hindenburg nahm das ihm vom Reichsverband der deutschen Landesfreigewerkschaften angetragene Ehrenpräsidium an und dankte für diese Ehre in einem Schreiben.

Das Erblichkeitsgesetz in Kraft

M. Berlin, 13. Sept. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Erblichkeitsgesetz vom 10. Sept. ferner eine Bekanntmachung betr. die Änderung der Vorfahrungsgebühren, sowie eine Bekanntmachung zum Gehe über die Zahlung der Rente in Gold.

Gesunken

M. Haag, 13. Sept. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Miami (Florida), daß der Kreuzer „Corbon Sabana“ gesunken ist. Der Kapitän und 27 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Der Dampfer „Weimar“

M. Hamburg, 14. Sept. Der Dampfer „Weimar“ ist als erster Dampfer mit Güldgut von London heute nachmittag hier angekommen.

Da Graudenz, 15. Sept. In Gippow (Provinz Pommern) wurden durch Großfeuer 26 Gebäude eingeeiert. Mehrere Personen sind bei dem Brand ums Leben gekommen.

M. München, 13. Sept. Zu dem Unglück in der Türkenkaserne wird vom Truppenkommando 5 mitgeteilt: Am 9. Sept. mittags machte sich der Schiffe Kaiser der 9. Kompanie des Schützenregiments 1 an den Hof der Türkenkaserne aufgestellten Geschützen zu schaffen, wobei er einem Unteroffizier die Einrichtung eines Geschützes erklärte. Aus der Prope entnahm Kaiser eine Granate, lud das Geschütz und feuerte die Granate ab, welche in etwa zwei bis drei Meter Entfernung unter einem vorbeifahrenden Nachwagen kreuzte. Der Fahrer und die beiden Pferde des Nachwagens wurden getötet. Kaiser stellte sich nach dem Vorfall sofort bei seinem Bataillon.

Barrés über die Rheinische Frage

Kammerrede zur Ratifikation des Friedensvertrages

II.
In allen Ländern reden die Interessen eine deutliche Sprache. Hier eine noch deutlichere, als anderswo. Die Lebensnotwendigkeiten zwingen eben die Rheinländer zu einer Neuorientierung. Die Rheinländer erkennen, daß es für sie von überwiegender Interesse ist, an dem Wirtschaftsleben der Gruppe teilzunehmen, mit der Frankreich wesentlich verknüpft ist. In Frankreich in der Lage, die Entstehung dieser Autonomie zu unterstützen und den Wünschen der Rheinländer zu willfahren? Können wir mit diesen rheinischen Wünschen unsere rheinische Politik in Einklang zu bringen?
Es gibt ein rheinisches Wesen, das von den engen und harten Fesseln der preußischen Verwaltung zusammengepreßt wird. Es gibt einen Schatz, der im Rhein versunken ruht. Der Schatz Attika, so erziehen die nordischen Sagen. Wir glauben eher, daß es der Schatz Caesars und der Regionen ist. Welche eine Aufgabe für unsere Historiker und Künstler, wenn damit ihrer Hilfe die Rheinländer ihre Eigentümlichkeit ausbilden lassen können, die sie infolge der geschichtlichen Ereignisse zu entwickeln ständig verbunden waren.
Es gab einmal ein ideales Rheintal; es existierte in den Köpfen, nicht auf der Erde; Goethe nannte es, als er nach Paris gehen wollte, aber in Strasbourg blieb, weil er fühlte, daß er in Paris nicht seine Heimat finden würde. Große Franzosen glaubten es im Laufe des 19. Jahrhunderts angetroffen zu haben. Kann dieses erträumte Land nicht an den Ufern des Rheins geschaffen werden?
Diese meine Gedankenkreise sind frei von jedem Chauvinismus. Sie sind im Gegenteil voll verführenden Geistes (mögen die Gefährten dieses Krieges, die uns immer vor Augen stehen, mich verzeihen und mir recht geben). Sie sind belebt von dem historischen Geiste Frankreichs. Dieser Geist geht nicht auf Ländergewinn aus, sondern er will einfach um die Rheinfländer, die Rheinländer und die Rheinfländer ein intellektuelles und moralisches Band schließen.
Ich halte mich bei diesen idealen Betrachtungen auf, weil sie (und dafür erbitte ich Ihre Nachsicht) bei mir als Spezialisten auf diesem Gebiete unvermeidliches Wohlfühlen auslösen. Es liegt auf der Hand, daß die französische Zivilisation in den Rheinfländern vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete liegen muß; auf dem Boden materieller Interessen werden Franzosen und Rheinländer am ehesten und unmittelbar sich kennen lernen. Die rheinische Bevölkerung vom Saarbecken bis nach Basel wird es vorteilhaft finden, in Zukunft nach dem Wirtschaftsleben Frankreichs hin zu gravitieren; man wird zwischen ihr und uns materielle Verbindungen schaffen können.
Das Schicksal Frankreichs kann davon abhängen, wie sich unsere Beziehungen zu den Rheinfländern gestalten werden. Sie werden leben, daß die rheinische Politik vollkommen durch die eigenen Wünsche der Rheinländer umrissen und vorgezeichnet ist. Wir brauchen lediglich ihren Ideen und auszubilden und in ihre Wohnen einzutreten. Aber was haben wir getan? Haben wir ihnen die Hand gereicht? Haben wir ihnen geholfen? Hier muß ich die Regierung interpellieren. Gewisse Vorkommnisse erwecken bei mir Zweifel, selbst Beunruhigung. Hat sie das Aufspringen der von den Rheinländern ersehnten Autonomie unterstützt?
Vielleicht würde es indiskret sein, gewisse Vorkommnisse zu erwähnen, die ich allerdings in London, in Wiesbaden und in Mainz öffentlich abgelehnt haben. Vielleicht würde der Herr Ministerpräsident uns zur Kenntnis bringen, welche Instruktionen er damals den kommandierenden Generalen der besetzten Gebiete hat zukommen lassen.
Ein anderer Punkt. Wie kommt es, daß man die Erziehung und das Wirken eines Staatsmannes zugelassen hat als Vertreter des Reichs? Das Reich! Bedenken Sie nicht ein Reich noch untätiger, noch zentralistischer, noch imperialistischer als je! Wozu ist es denn notwendig, daß in Coblenz, der Verwaltungshauptstadt Rheinlands, ein Reichsoberverwalter, ein eigentümliches Symbol des verpreußerten Deutschlands residiert? Noch ein anderer Punkt. Ich möchte Aufklärung über eine andere Tatsache haben, die sich aus dem Friedensvertrage nicht ergibt, die ihm zwar nicht förmlich widerspricht, aber dennoch imstande ist, ihn zu entkräften. Was bedeutet diese Verpflichtung, die der Rat der Drei unter seiner persönlichen Verantwortung eingegangen ist, die Zeit der Diskussion abzukürzen, wenn Deutschland sich gut benimmt?
Ich würde um Entschuldigung bitten, daß ich mir erlaube, eine Regierung zu kritisieren, der gegenüber ich patriotische Dankbarkeit empfinde, wenn

ich nicht eine Gewissenspflicht zu erfüllen hätte, die auch sie verstehen werden. Wir sind im Begriffe, einen der wichtigsten Staatsakte in der Geschichte Frankreichs zu vollziehen. Wir können den Vertrag nicht verbessern, aber wir können die daraus entstehende Politik inspirieren. Eine Politik der Autonomie, nicht gegen Deutschland, wohl aber gegen Preußen gerichtet. Eine Politik der Selbstbestimmung, gegen materielle Interessen, schließlich eine Politik der Gerechtigkeit, zu der ich unsere Universitäten, unsere Gelehrten, unsere Künstler auffordere. Wir sind der Ansicht, daß die Wünsche der Rheinländer in Versailles hätten Aufnahme finden können. Jedenfalls ist es notwendig, daß ihnen die Freiheit, selbst über ihr Geschick zu bestimmen, tatsächlich sicher gestellt wird, daß dieses Recht auf eine Art und Weise verwirklicht wird, die wir und unsere Verbündeten aufrichtig durchzuführen, die Macht und die Mittel besitzen.
Die Stunde verlangt, daß nicht verheimlicht bleiben darf. Wir wollen keine Zweideutigkeiten insinuierten. Frankreich will wissen, welche rheinische Politik der Vertrag umschließt.

Steuernot und Wucher

Köln, 12. Sept. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung führte Oberbürgermeister Klenner aus: Es ist zutreffend ausgeführt worden, daß die Steuer- und die Steuerfrage in weite Kreise der Bürgerschaft sehr lebhaft Beunruhigung hineingebracht haben. Die Zustände sind tatsächlich so unerträglich, daß ich es verziehe, daß auch ruhige Leute glauben, daß nicht länger mitmachen zu können. Auf der einen Seite ein schrankenloses Preisen und Pressen und auf der anderen Seite bittere Not. Dabei eine Wuchererei, wie man sie sich nicht schlimmer denken kann. Die öffentliche Moral hat in einer Weise Schiffbruch gelitten und einen Niedergang erlebt, wie man ihn niemals hätte für möglich halten sollen. Einweilen haben wir in der Stadterhaltung diesem widerlichen Treiben vollständig machtlos gegenüber, einmal, weil diese Zeit so unendlich weite Kreise des Volkes ergriffen hat, und weil schon daraus die große Symptomatik der Bekämpfung kommt. Weiter sind wir machtlos deshalb, weil es sich bei diesen Wucherereien in der Hauptsache um Waren handelt, die aus dem Ausland heringebracht werden durch Elemente, die alles andere als einwandfrei sind. Wir leben im besetzten Gebiet gewissermaßen in einem geschlossenen Zustande. Sie wissen, daß eine Vöte der Alliierten an Deutschland die Zahlung der Zölle in Gold nicht anerkennt. Dadurch ergibt sich ohne weiteres, daß durch Versteigerung von Waren aus dem besetzten Land unbedeutende Gebiete ohne Zahlung der Zölle in Gold sich große Gewinne erzielen lassen. Wir sind mit der Versteigerung von Eisenbahnwagen vorgegangen, aber gezwungen worden, die Auktionen davon zu lassen. Es wird unsere Aufgabe sein, mit allen Mitteln diese Wuchererei zu vertreiben. Wir werden dann nicht zurückstehen dürfen, die Gesellschaft, die Nachmittag für Nachmittag die zahlreichen Cafés bevölkert, festzunehmen. Ich glaube, daß das ein dankbares Werk für die Tätigkeit der Polizei sein wird. Kurzeit können wir aber nichts machen. Städtische Polizei und Beamtenapparat werden aber nicht allein imstande sein, dieser Volkspeste entgegenzuwirken. Das wird nur mit Hilfe des legitimen und eingefessenen Handels möglich sein. Ich richte deshalb den Appell an den ehrbaren Kölner Handel, unsere Mahnungen, die wir dann in möglichem Umfang treffen werden, zu unterstützen, um dem Handel, daß sich in den Handel einschließen hat, sobald als möglich und mit größter Energie Kräfte zu Leibe zu geben. Auch die Steuerfrage hat große Beunruhigung verursacht. Die meisten Arbeiter haben Steuern zu bezahlen wie bisher noch nie. Ihr Einkommen ist entsprechend erhöht worden, der Wert des Geldes aber gesunken. Es handelt sich um große Beträge, die auf einmal zu zahlen sind, weil die Steuerveranlagung sich so langsam hinausgezögert hat. Ingeben muß man, daß es weiten Kreisen unangenehm ist, zwei Quartale einmal oder auch nur in wenigen Monaten zu bezahlen. Ich glaube, die Unternehmerschaft muß uns helfen, indem sie mit Einwilligung der Arbeitnehmer bei den Lohnzahlungen entsprechende Teilbeträge einhält, um auf diese Weise die Bezahlung der Steuern der Arbeiterkraft am leichtesten zu gestalten. Ich hoffe, daß die Arbeiter mit uns und der Unternehmerschaft zusammengehen werden.

Kämpfe der Litauer gegen Polen

Dz. Berlin, 13. Sept. Das lettische Pressebildet berichtet über die Kämpfe zwischen Litauern und Polen: Das Borsudien der Polen in den Bezirken Belina und Laidy ist von den Litauern aufgehalten worden. Es besteht vollkommene Einigkeit in der Armee, in der Regie-

rung und in der gesamten Bevölkerung in dem Bestreben, alle Kräfte anzuspannen, um den polnischen Imperialismus in Litauen nicht zur Herrschaft kommen zu lassen und ihn überall, wo er sich vorwagt, zurückzudrängen. Im ganzen Lande finden große Kundgebungen statt, bei denen sich die Teilnehmer verpflichten, zu den Waffen zu greifen und gegen Polen den Volkskrieg zu beginnen. Der Versuch der Polen, die Eisenbahnlinie Dulschni-Kaskum zu besetzen, um die Litauer am Bordieren auf Danaburg zu hindern, ist mißlungen. Die Eisenbahn ist jetzt in den Händen der Litauer, den Kampf gegen die Polischewissen in den Vororten vor Danaburg fortsetzen.

Aus aller Welt

Ober-Ingelheim, 15. Sept. Der Gemeinderat ist der Ansicht, daß die notwendigen Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht unter der Vergnügungssucht leiden dürfen und hat daher aus Gründen der Stromerparnis dem Besitzer des bisherigen Kinotheaters am hiesigen Platz die weitere Stromlieferung gekündigt mit dem Hinweis, daß derselbe, da er kein Ortsbürger sei, seinen Betrieb in eine andere Gemeinde verlegen möge.

Bingen, 13. Sept. Bei der letzten Holzversteigerung in Argental wurde die Lage für den Raummeter Buchenknäuel, die auf 10 Mark festgesetzt war, um 75 Mark überboten, sodas der Raummeter 85 Mark kostete. Rechnet man noch das Schneiden, den Transport und sonstige Spesen dazu, kommt der Zentner Holz auf 14 Mk. zu stehen.

Kreuznach, 15. Sept. Da die Sitzungen der Stadtverordneten oft vier Stunden und noch länger dauern, beschloß die hiesigen Vertreter der Presse, künftig nur noch zwei Stunden lang an den Sitzungen teilzunehmen und über spätere Debatten überhaupt nicht mehr zu berichten. Im Stadtrat einige man sich nun dahin, die wichtigsten Angelegenheiten während der Anwesenheit der Pressevertreter zu beraten, damit die Öffentlichkeit Kenntnis davon erhält.

Dudweiler, 15. Sept. Abwanderung von Bergarbeitern. Von hier werden in den nächsten Tagen Bergleute nach dem niederrheinischen Kohlenrevier abwandern, wo ihnen bessere Bezahlung und gute Wohnungen mit Gartenland angeboten wurden. Gerade das Angebot von Wohnungen hat viel zu den Entschlüssen beigetragen, denn im Wohnungswesen herrschen hier furchtbare Zustände.

Loblenz, 11. Sept. Heute morgen sprang eine in den 30er Jahren stehende unbekannte Frauensperson oberhalb der Wiesendorfer Eisenbahnbrücke in den Rhein und ertrank. Die Person, die etwa 1.55 Meter groß war, trug dunkle Kleidung und hatte schwarzes Haar. Vorübergehende wollten bemerkt haben, daß an der Stelle, wo die Person in den Rhein ging, sich ein Unbekannter aufgehalten hat, der bei dem Erscheinen der Leute das Weite suchte.

Weklar, 15. Sept. Die hiesigen Eisenwerke haben wegen Kohlenmangels den Hohenofenbetrieb der Georgshütte bei Burgföhring und das Stahlwerk der hiesigen Sordienhütte stillgelegt.

Salz, 15. Sept. Bei einem Schenkenbrand in Eisenbach erlitten ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen, die mit Treiben beschäftigt waren, den Flammstob. Außerdem wurden zwei Landfrauen schwer verletzt.

m. Berlin, 13. Sept. In der letzten Nacht entstand in der Kaserne des 2. Garde-Regts. in der Friedrichstraße vermutlich infolge von Brandstiftung Feuer, durch das der Dachstuhl des rechten Seitenflügels größtenteils eingestürzt wurde. Während der Löscharbeiten erlitten mehrere Wale Munitionsvorräte.

Prag, 15. Sept. Der Zeitung „Bohemia“ zufolge wurden auf dem katholischen Soldatenfriedhof in Prag-Wolach auf den Gräbern die deutschen Inschriften, die Namen und alle Daten mit Farbe überstrichen und unleserlich gemacht. Die tschechischen Aufschriften blieben von solchen Akten der Grabschändung verschont. Bei den deutschen Offiziersgräbern ist das Werk schon vollendet, nun sollen auch die Mannschaftsgräber an die Reihe kommen.

Frage sofort in stolz abweisender Haltung empor. „Wünschen Sie die Unterstellung zu beenden?“ fragte sie, ihn unnahbar ansehend, ohne Schärfe, aber ihn doch deutlich in seine Grenzen zurückweisend.

Seine Stirne rötete sich. „Ich wäre untröstlich, mein gnädiges Fräulein, wenn Sie es tun würden. Verzeihen Sie mir — ich wollte nichts als eine Tasse Tee trinken.“ „Unser Unterhaltung muß ganz untröstlich bleiben, nicht wahr? Sie wollen gewiß nicht, daß ich bereuen soll, in eine solche Gesellschaft zu haben.“ Ganz erschrocken sah er sie an.

„Rein — bei Gott — das will ich ganz gewiß nicht. Bitte, zürnen Sie mir nicht.“

Der abweisende Zug verfiel aus ihrem Gesicht.

„Ich will nicht, daß es so weit kommen soll, daß ich Ihnen zürnen müßte. Deshalb betone ich die Grenzen, die zwischen uns inne gehalten werden müssen. Lassen Sie uns voneinander zwei Menschen, die der Zufall zusammengeführt hat und die sich bereitwillig einige launige Stunden kürzen. Ich hoffe, Sie sind imstande, den Standpunkt festzuhalten, daß wir nichts sind, als zufällige Festesgäste, die sich in kurzer Zeit wieder völlig aus dem Gesicht verlieren. Jede persönliche Note ist vollständig auszuschließen.“

Er machte ein ganz zerknirschtes Gesicht.

„Ich bitte nochmals, mein gnädiges Fräulein, mir zu verzeihen.“

Sie lächelte nun wieder ein wenig.

„Es ist bereits geschehen. Gehen wir darüber hinweg. Meine Schrockheit darf Sie nicht beunruhigen. Ich bin durch die Verhältnisse gezwungen, allein zu reisen. Wenn Sie mir nicht einen vertrauensverwehenden Eindruck gemacht hätten, wäre es wahrscheinlich schwerlich zu einer Unterhaltung zwischen uns gekommen — trotz des Eingriffs höherer Mächte. Ich traue Ihnen und bedinge Milderlichkeit zu und nehme ohne weiteres an, daß es meinerseits keines Wortes mehr bedarf, um Sie zu erinnern, daß ich ohne jeglichen Schuß reise.“

Er richtete sich beschämt empor.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz

Schierstein, 13. Sept. Gestern abend rufte der 60jährige Briefträger Wehert in seinem Garten beim Zweitschneefeld von der Leiter, wobei er mit dem Kopf auf die Kante der in der Nähe des Baumes befindlichen, mit Brettern überdeckten Brunnenröhre schlug und, da die Bretter keinen Widerstand leisten konnten, bewußtlos in die Tiefe des Brunnens stürzte. Er ertrank, bevor Hilfe herbeikommen konnte.

Deßlich, 13. Sept. Bei der Verpachtung der hiesigen Heßbald hieß die Herren W. Jüssen und Gah. Sieh von hier mit 1510 Mark pro Jahr Leihbieten. Der seitherige Pachtzins betrug 550 Mark.

Dösch a. M., 12. Sept. In einer Kustur über die Kreditwürdigkeit eines Händlers Geschäftsmannes war gesagt, derselbe liege auf, er gelde zu den „Kriegsgewinnern“. Von diesem Schreiben erhielt ersterer Kenntnis und er ließ nun den anderen durch den Rechtsanwalt auffordern, diesen Ausdruck unter Zahlung einer Buße für einen mildtätigen Zweck zurückzunehmen. Da der Schreiber sich dessen entschieden weigerte, so steht ein Verleumdungsprozeß in Aussicht.

Nied, 15. Sept. Vier junge Burken, darunter einer aus Dösch, die im Schwanheimer Feld etwa 150 Pfund Kefel gestohlen und diese im Döschter Bahnhof für 80 Mark verkauft hatten, sind hier festgenommen worden.

Frankfurt a. M., 12. Sept. Aus einem Stofflager der Mainzer Landstraße wurden vor einigen Tagen durch nächtlichen Einbruch für 100.000 Mark Stoffe gestohlen. Die vier Einbrecher und drei Helfer wurden jetzt verhaftet. Ein erheblicher Teil der gestohlenen Stoffe konnte bereits wieder herbeigeschafft werden.

Frankfurt a. M., 13. Sept. (Generalstreik beim Kino.) Seit heute sind alle Angehörigen in den Lichtspieltheatern hier in den Schutzhilfsstreik mit den Kusturen getreten. Infolgedessen sind alle Lichtspieltheater bis auf weiteres geschlossen.

Stadelheim, 11. Sept. Mehr als 500 Personen des Dorors haben eine Bewegung eingeleitet, die die Aufteilung der Ländereien des Grafen zu Solms-Stadelheim in Stadelheim zum Endzweck hat.

Amstach i. T., 11. Sept. Das Dösch. Kreisblatt meldet: Der sozialdemokratische Schriftsteller Emil Beder wurde zum Bürgermeister des hiesigen Ortes gewählt. In Verordneten und Schöffen wählte man drei Sozialdemokraten und einen Bürgerlichen.

Wachen, 15. Sept. Kinder fanden in einem Pache mehrere Geschosse und spielen damit. Durch einen Schlag auf ein solches Geschoss kam das selbe zum Explodieren und verletzte den zehn-jährigen Sohn des Fabrikarbeiters Philipp Wilhelm demnach an Gesicht, Händen, Leib und Beinen, daß die Aufnahme in die Augenheilkunde zum Wiedererlangen erfolgte. Man hofft, ihm das Augenlicht erhalten zu können, obschle der rechte Augapfel beinahe ganz durchgeschlagen ist.

Wambach, 13. Sept. Bei der Silberversteigerung Karl und Josef Ott wurden so große Preise gezahlt, wie solche bei uns noch nicht vorgekommen sind. So kostete die Rute Wiesbaden durchweg circa 90 Mark; früher war solche für 10 bis 15 Mark käuflich. Das Wohnhaus mit Remise, Hofraum und Garten ging zum Preise von 6500 Mark an einen Althändler Siegang aus Wiesbaden über.

Hachenburg, 11. Sept. Dem siebenjährigen Schüler dau in Udenbach zerriss eine explodierende Patronen eine Hand und ein Auge.

Molsberg, 13. Sept. Gräfin Sofie von Walderdorff hat sich mit dem Grafen Alhard von Preysing-Lichteregg-Woos verlobt. Im Walsauer Land und darüber hinaus wird man die Verbindung von zwei uralten Geschlechtern, welche beiderseits dem Staate und der Kirche viele hervorragende und tüchtige Männer geschenkt haben, begrüßen. Die gräfliche Familie Preysing ist ein sehr altes Geschlecht, welches bereits 942 in Urkunden genannt wird und über große Besitzungen in Bayern verfügt.

Dillenburg, 15. Sept. In dem Oranischen Museum wurde ein Einbruchdiebstahl in der Nacht zum 11. September durch zwei auswärtige Männer verübt, der in der Art seiner Durchführungs an die jüngsten Vorkriegszeiten in Kassel und Barmberg erinnert. Aus der Gemäldesammlung sind sechs besonders wertvolle Oranienbilder des Niederländers Stoffer, auf Holz gemalt, in der Bildgröße 22 zu 27 Zentimeter, mit schweren Goldrahmen gestohlen worden, ferner Gold- und Silberpokale, alte Porzellane, Fahnen und Uhren, zusammen im Wert von vielen tausend Mark, soweit bei der Unerschlichkeit der Stube für das hiesige Ansehung überhaupt der Wert in Ziffern ausgedrückt werden kann.

Aus Wiesbaden

Lebensmittelverteilung
Der Lebensmittelverteilungsplan des Magistrats befindet sich im Angelegenheit der Ausgabe. Zur Erhaltung von Dütenmaterial wird Zucker in Dosenmengen von 125 Gr. nicht mehr ausgegeben. Die Dosenrationen werden vielmehr in Zukunft direkt zusammengeleitet werden, daß innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen fünfmal je 250 Gr. Zucker verteilt werden und in den verbleibenden drei Wochen eine Zuckerverteilung überhaupt nicht stattfindet. Durch diese Art der Verteilung würden in 8 Wochen 1250 Gr. Zucker verausgabt, das ist die gleiche Menge, wie sie bisher in Nationen von je dreimal 125 Gr. und einmal 250 Gr. verwohndetlich ausgegeben wurde. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der vorsehend angegebenen Verkaufs mengen ist, daß in der Zuckerbelieferung der Stadt keine Störung eintritt. — Die Sanierungsbewirtschaftung ist bekanntlich aufgehoben. Der Groß- und Kleinhandel muß sich also für den kommenden Winter selbst eindecken. — Die Bezeichnung der Lebensmittelverteilung wird im Laufe der Woche besonders erfolgen.

Verkaufnahme von Spitzkartoffeln
Wie aus der Bekanntmachung im Angelegenheit hervorgeht, hat der Magistrat die zum Wiederverkauf im Stadtgebiet Wiesbaden geeigneten oder von auswärts eingeführten Spitzkartoffeln beschlagnahmt. Es ist deshalb den Erzeugern dringend unterlag, Kartoffeln direkt an Privatkaufleute abzugeben oder Händler zu verkaufen. Die Erzeuger sind angewiesen, die Kartoffeln ausschließlich an das Kartoffelamt abzuliefern. Diejenigen Privatkaufleute, die zum eigenen Bedarf mehr als 8 Hektar — 800 Quadratmeter mit Kartoffeln angebaut haben, haben die gesamte Anbaufläche mit Kartoffeln dem Kartoffelamt, Friedrichstraße 9 II, schriftlich oder mündlich anzumelden. Ebenso sind die von auswärts bezogenen Kartoffeln diesem Amt schriftlich oder mündlich anzumelden.

Wenn nie durch Liebe Leid geschah

Roman von H. Courths-Wahler.

3) Nachdruck verboten.
„Es bedarf keines Dankes, meine Gnädigste.“ „Ach, Sie müssen sich denselben gefallen lassen, denn ich war ganz gebendet und hilflos, wie ich bin.“ erwiderte sie freundlich.
„Nun denn, so will ich ihn mir gern gefallen lassen und bei dieser Gelegenheit eine Bitte aussprechen. Ich hoffe, Sie nennen es nicht lässig und unbedenklich, wenn ich Sie bitte, die Unterhaltung mit mir fortzusetzen, die durch einen Eingriff höherer Mächte zwischen uns in Gang gekommen ist. Selbstverständlich nur, wenn Sie nicht aus Emission zu schweigen gedenken.“
Ein reißendes Lächeln flog über das Gesicht der jungen Dame.
„Den Eingriff höherer Mächte muß ich wohl respektieren. Da wir uns auf neutralem Boden befinden und ich keineswegs ein Ergebnis abgesehen habe, zu schweigen, will ich gern in die Fortsetzung unserer Unterhaltung willigen, schon weil ich nicht für unanbar gelten möchte. Sie haben mir wirklich durch Entfernung des Fremdkörpers aus meinen Augen einen großen Dienst erwiesen. Es schmerzte sehr.“
Er sah mit lächelnden Augen, aber ohne Zudringlichkeit in ihr. „Küß.“
„Offentlich ist der Schmerz nun vorüber. Ich danke Ihnen für Ihre lebenswichtige Beilegung und achte mich, zunächst mich vorzustellen — Frankenan.“
Sie neigte leicht das Haupt und zeigte nun zugleich, daß sie geistvoll und gewandt zu planen verstand. Lebenswichtig, aber in der vollkommenen Zurückhaltung der vornehmen Dame ging sie auf sein Gespräch ein, und nach wenigen Minuten war eine rege und interessante Unterhaltung zwischen den beiden Menschen im Gang. Sie berührte zwar nur Themen, über die man in den Salons der guten Gesellschaft plaudert, aber unmerklich bekam das Gespräch dann noch einen tiefen Inhalt. Sie sprachen miteinander, wie es Menschen tun, die gemeinsame Bekanntschaften haben und nicht nur am oberflächlichen Gefallen hängen.

Essentielle Steuerermäßigung

Alle Steuerpflichtigen, welche mit der Zahlung der Steuern und Abgaben für das 1. und 2. Viertel 1919 noch rückständig sind, und denen der Steuerzettel bis 2. August zugehört war, werden aufgefordert, den Steuerrückstand bis zum 10. d. M. die fällige Steuerlast, Kasse, Zimmer 16, zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 11. d. M. die schwebende Zwangsversteigerung. Es wird noch auf die Befreiung der fälligen Steuerlast in der heutigen Ausgabe unter den amtlichen Nachrichten hingewiesen.

Betriebsräte-Wahl und Stadtverordneten-Wahl

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband veranlaßte am letzten Donnerstag zum ersten Male nach dem Kriege eine öffentliche Kundgebung mit dem Thema: 1. Betriebsräte, 2. Stadtverordneten-Wahl. Nach Begrüßung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden Weber, ergriff Hauptredner Schellin das Wort zu seinem Vortrage. Das Betriebsrätegesetz, das der Nationalversammlung im Entwurf 1. d. d. vortrat, müßte die Angehörigen in seiner jetzigen Form ablehnen. Der Gedanke sei dem: rassistischen Mitleid entgegen. Man könne unmöglich annehmen, daß Deutschland mit einer so fortschrittlichen sozialen Organisation zureichende Löhne erwarte. Er schloß damit die im Wesentlichen vorliegenden Aufgaben der Betriebsräte und betonte, daß die Angehörigen der Wirtschaft dieses Gesetzes infolge des Stimmrechtsverlustes der Arbeiter nicht zu ihrem Recht kommen könnten. Die Angehörigen haben doch zum Teil ganz andere Interessen wie die Arbeiter, so in der Kündigungsfreiheit, der Angehörigenversicherung, der Gerichte usw. Sie können infolgedessen den Arbeitern nicht zutrauen, daß sie volles Verständnis für die besonderen Interessen der Angehörigen haben. Die bisherigen Erfahrungen haben bereits hinreichend gezeigt. Die Angehörigen-Ausschüsse müßten erhalten bleiben. Dabei bliebe auch den Organisationen noch ein großes Stück Arbeit übrig. Die Organisationen haben bereits der Nationalversammlung neue Vor schläge unterbreitet. Man könne immerhin hoffen, daß ein brauchbares Gesetz zustande kommt. — An der letzten Aussprache beteiligten sich die Herren Dörmann und Hoffmann, Wiesbaden, sowie Kunz, Wiesbaden. Zum Punkt Stadtverordneten-Wahl teilte der Vorsitzende Weber mit, daß die der Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände angeschlossenen Verbände an die verschiedenen Parteien mit der Bitte herantreten seien, Angehörigenvertreter an ausführender Stelle auf die Liste zu nehmen. Stadtverordneter Schellin berichtete sodann über die Tätigkeit eines Stadtrates auf dem Ratshaus. Im Schlußwort wies Herr Weber darauf hin, daß diese großen Fragen nur gelöst werden können durch den Anschluß aller Angehörigen an die großen führenden Organisationen.

Tarifvertragswesen

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angehörigen-Verbände, Ortsverband Wiesbaden, sowie die Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, Geschäftsstelle Wiesbaden, leiteten dem Herrn Landeshauptmann einen Tarifvertragsentwurf für die Angehörigen der Landesdirektion und der Landesbank ein. Eine schnelle Regelung der Gehaltsfrage ist bei diesen beiden Institutionen umso eher notwendig, als dort noch heute vollständig ungenügende Ge-

hälter gezahlt werden, die bei weitem nicht einmal an die Mindestsätze des Wiesbadener Tarifvertrages für Angehörige heranreichen.

Anforderung zum Käuferfreit

In allen Donaten steht man heute Klagegelehrer über die unerwarteten Lebensmittelpreise; geschimpft und geklagt wird vor allem über die hohen Preise für Gemüse und Obst. Die Schuld an diesen Zuständen wird den Erzeugern und Händlern zugeschrieben. Einen Teil der Schuld tragen aber auch die Verbraucher selbst, weil sie eben alle diese Warenpreise zahlen. Als Hauptverbraucher kommen die Arbeiter und Angehörigen in Betracht. Diese sind mit ganz vereinzelten Ausnahmen organisiert. Von den Organisationen aus müssen jetzt die Preise mit allen Nachmitteln heruntergedrückt werden. Es muß der Käufer sich all' aller irgendwie entbehrlichen Sachen angeht und durchgeführt werden. Ich bin überzeugt, daß einer diesbezüglichen Parole von allen Arbeitern und Angehörigen willig und gern Folge geleistet wird. Meine Bitte geht nun an die Organisationen, daß dieser Angelegenheit anjüngern; der Erfolg der Solidarität ist sicher.

Gegen die neue Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise hat der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in einer dringenden Vorstellung beim preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten Einspruch erhoben und verlangt, daß entweder von der Erhöhung abgesehen oder sie nicht in dem Umfang eingeführt wird, wie beabsichtigt ist. Der Verband hat darauf hinzuweisen, daß die fortschreitenden Belohnungen, die man dem Handel seit jenseit, wie Fahrpreiserhöhungen, Vertierung der Gehälter, die Umfänge für die Hotelzimmerpreise, ihn völlig zu erdrücken drohen, und daß es so nie wieder nicht weitergehen kann, wenn unsere Volkswirtschaft nicht auf ernste Gefahr verfallen soll.

Erhöhung der Fernspreckgebühren

Die Gebühren der Fernspreckanschlüsse werden unter Beibehaltung der bisherigen Reichsadabe um 100 Prozent erhöht. Die Teilnehmer haben das Recht, ihre Anschlüsse bis zum 15. September zum 1. Oktober zu kündigen.

Zur Kühlung der Sanitätskassen

Es werden Klagen erhoben darüber, daß die der Militärbehörde zur Verfügung gestellten Kassen der Besitzer nicht wieder abgeliefert worden seien. Es ist unbekannt, daß der Staat die Militär hat, entweder einen Ersatzfund von gleicher Güte zu liefern oder aber eine entsprechende Abfindungssumme zu zahlen.

Telegrammverkehr

Vom 15. ab werden bei den Stadt-Postämtern 2 (Schillinghofstraße), 8 (Bismarckring) und 4 (Zaunstraße) wieder Telegramme angenommen.

Der heißeste Tag im Jahre

Nach den Aufzeichnungen des Volksklimatischen Vereins war der 11. September der heißeste Tag dieses Jahres. Das Thermometer zeigte ein Maximum im Schatten von 31,5 Grad, das Tagesmittel betrug 24 Grad. Diesen Temperaturen kam nur der 5. Juni d. J. mit dem Maximum von 31,4 Grad nahe, während das Tagesmittel 22,2 Grad erreichte. Nur im heißen Sommer 1911 wurde der 11. September 1919 vom 3. September mit 34,6 Grad Maximum übertroffen.

Für Damen

Frau Jostmann, mit Erfolg in fast allen Großstädten Deutschlands aufgetreten, Preiskünstlerin, Vortragrednerin auf dem Gebiete der Damenmoden, sowie für das Thema Schönheit und Körperpflege, kommt auf ihren Reisen für einen Tag am Donnerstag, den 18. September, nach Wiesbaden, um im Jüdischen, Friedrichstraße 22, den Damen in ihren beiden Vorstellungen nachmittags 4 und abends 8 Uhr durch ein großes Schaustreuen an ihrem eigenen Haar die Kunst des Selbstfrisierens zu zeigen. Moderne Frisuren aller Art werden vorgeführt; anschließend daran Modenschau. Zum Schluß hält Frau Jostmann jedesmal einen Plakatsvertrag über Haar- und Körperpflege durch Selbstbehandlung.

Wanderung

Die geologische Abteilung des Rast. Vereins für Naturkunde wird unter Führung des Herrn Leppla am Sonntag, 21. d. M., eine Wanderung von Niederrhein über Breda, Muringen, Rast, Delft, Sonnenberg unternehmen. Abfahrt 7,30 Uhr vormittags mit Bahnkarte nach Niederrhein. Rundvortrag und Pab mitbringen.

Dreher Diebstahl

Einem hiesigen Fuhrhalter ist dieser Tage von der Straße weg ein mit zwei Pferden bespanntes Chaisen-Fuhrwerk in der Art gestohlen worden, daß ein Mann den mit dem Gefährt auf der Straße haltenden Kutscher wegschickte und dann mit dem Wagen durchging. Die Kriminalpolizei ermittelte den Dieb in Kaufensleben und stellte dem Gefährten sein Eigentum wieder zu.

Verhaftet

In Untersuchungsbahnt genommen wurden dieser Tage die Volkshaymer Weismann und Lion sowie der Volkshaymer Kuchum wegen unangelegter Falschfährte, die sie seit längerer Zeit verübt haben. Es handelt sich dabei um Kasse, die schon seit langem Jahren im Verborgenen waren. Die Verhafteten werden beschuldigt, ganze Mengen der von ihnen abzurückenden Falschfährten und ihren Inhalt zu Hause versteckt zu haben. Bei den ihnen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden große Mengen offenbare Falschfährten und erworbene Waren vorgefunden, und zwar in der Hauptsache Lebensmittel, Zigaretten, Zigaretten, Kleiderstoffe, Seife, Wäsche usw.

Totgefahren

In der Friedrichstraße wollte am Freitag vor-mittag der Ingenieur und Inhaber eines elektro-technischen Installationsgeschäftes Max Commi- chon, Schwalbacher Straße 44, einem Motorrad ausweichen und lief dabei einem Automobil in den Weg. Er wurde überfahren und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, der er noch am Freitag abend erlag. Er hielt im 50. Lebensjahr und hinterläßt Familie.

Standesamtsnachrichten

Sterbefälle. Am 10. Sept.: Kind Antonius Schild, 11 Monate; Kind Erna Frohn, 6 Monate; Witwe Antonie Eidenborn geb. von der Boed, 77 J. — 11. Witwe Luise Reumann geb. Mauch, 75 J.; Oberbahnassistent a. D. Friedrich Böhle,

68 J.; Lehrer Karl Dohle, 68 J.; Rührmeister Peter Rüder, 46 J.; Schülerin Hilke Richardis, 15 J.; Kind Frank August Zimmer, 2 M.; Kind Peter Jan, 7 M.

Kundnotizen

Rast. Landestheater Im Interesse einer ge- regelten Abfertigung des Publikums ersucht die Inten- dantur, die Hölzer des Abkommensbetrages unter Vor- lage der Bescheidungsbescheide, in nachfolgender Reihen- folge von 9—1 Uhr vorm. an der Theaterkasse in der Kassenkassette einzuschleusen. Die Anmelde-nummern: 1—300 am 15. Sept., 301—700 am 16. Sept., 701—1000 am 17. Sept., 1001—1300 am 18. Sept., 1301—1500 am 19. Sept., 1501—1900 am 20. Sept., 1901—2200 am 21. Sept., 2201—2400 am 22. Sept., über 2400 am 23. September.

J. HERTZ

Tel. 365 u. 6470 :: Langgasse 20

Täglich Eingang von

Herbst-Neuheiten

Mäntel / Jackenkleider
Pelze / Nachmittags- und
Abendkleider / Mantel-
kleider / Sportjacken

Modelle eigener Schöpfung

Anfertigung nach Maß



Frau Susanna Sprich

geb. Hansen

ein liebes, treues Gatten- und Mutter-
herz, hat auf Gottes Ruf Sonntag früh
nach schwerem geduldigen Leiden zu-
schlagen aufgehört.

Die schwergeprüften: Carl Sprich,
Wiesbaden, den 14. Sept. 1919. Hilma Sprich,
Hilda Sprich,
Natalie Sprich

Die Beerdigung ist Mittwoch, den 17. Sept.,
nachm. 3 Uhr auf dem Südfriedhof.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsern innigstgeliebten Vater, Schwieger-
Großvater, Bruder, Schwager u. Onkel

Herrn Philipp Petri

nach unsagbar schwerem und langem
Kranklager, öfters versehen durch den
Empfang der hl. Sterbesakramente im Alter
von 67 Jahren zu sich in die Ewigkeit ab-
zurufen. Verwandten, Freunden und Be-
kannten machen wir die schmerzliche Mit-
teilung mit der Bitte um stilles Beileid.

Oestrich, 14. Sept. 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den
16. Septbr., nachmitt. 4 Uhr, die Exequien
Mittwoch Morgen früh 6 Uhr statt.

Statt Karten.

Wir beehren uns, die Ver-
lobung unserer Tochter Ottilie
mit Herrn Regierungsrat Dr.
Hüesker anzuzeigen.

Geh. Regierungsrat Haxter
und Frau Martha
geb. Tilmann.

Arnsberg, Haarstr. 1 Wiesbaden, Parkweg 8
September 1919.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter
Margarete mit dem Kaufmann
Herrn Josef Weingärtner in
Wiesbaden beehren sich ergebenst
anzuzeigen.

Julius Wolters und Frau
Albertine, geb. Stens.

Minden i. W., im September 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein
Margarete Wolters, Tochter des
Kaufmanns Herrn Julius Wolters
und seiner Frau Gemahlin Albertine,
geb. Stens, beehre ich mich anzu-
zeigen.

Josef Weingärtner.

Wiesbaden, Bismarckring 37.

Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim
Hinscheiden meines lieben Mannes, des

Herrn Apothekers Kost

sage ich meinen besten Dank.

Frau Katharina Kost

geb. Sendenhorst.

Wiesbaden, den 13. September 1919.

Danksagung.

Für die uns während der Krankheit und nach dem Heim-
gange meiner geliebten Frau, unserer treusorgenden, unvergeß-
lichen Mutter bewiesene innige Teilnahme und die vielen
Blumenspenden sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Im Namen

der tieftrauernden Hinterbliebenen:

P. Neist.

Wiesbaden, den 14. September 1919.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, den
hochwürdigen Herrn

Jakob Bardenheier

Pfarrer von Hattersheim

gestern abend um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr plötzlich, aber wohl vorbereitet durch
ein recht priesterliches Leben und versehen mit den hl. Sterbe-
sakramenten, im Alter von 52 Jahren, in die Ewigkeit abzurufen.

Um ein treues Gebet für den Dahingeschiedenen bitten

J. Peuser, Fröhmeser

Der Kirchenvorstand

Die kirchliche Gemeindevertretung.

Hattersheim, den 13. September 1919.

Die feierlichen Exequien finden statt in der Pfarrkirche zu Hattersheim am Dienstag,
den 16. September um 9 Uhr; darnach die Beisetzung.

Nachruf.

Am 12. September hat Gott seinen Diener, unsern allverehrten

Herrn Pfarrer Bardenheier

zu sich in die Ewigkeit abgerufen.

Die katholische Gemeinde trauert aus innerstem Herzen um
den Verlust ihres klugen, eifrigen Priesters. Eine prächtige Kirche,
die er erbaut, ist das schönste Denkmal der Liebe und Erinnerung.
Die tröstenden, Hoffnung erweckenden Worte, die er so oft in der
Zeit des Krieges an seine Gemeinde gerichtet, bleiben unvergessen.
Möchte unser guter Pfarrer im Himmel seinen schönsten Lohn finden.

Der Kirchenvorstand.

Hattersheim, den 14. September 1919.

